

Parlamentssitzung vom 14. März 2005

Beantwortung 0420

Postulat FDP betr. Arbeitsausschreibungen in der Gemeinde Köniz

Text des Postulates

Der Gemeinderat wird aufgefordert einen Bericht zu erstellen, nach welchen Kriterien Gemeinde-Aufträge ausgeschrieben werden. Es interessieren vor allem folgende Punkte:

1. Existiert neben der kantonalen Submissionsordnung und derjenigen des VRB ein gemeindespezifischer Kriterienkatalog?
2. Ab welchem Betrag **muss** eine öffentliche Ausschreibung erfolgen?
3. Existiert eine „Schwarze Liste“ von Unternehmen, welche schlechte Arbeit geleistet oder bereits einmal Konkurs angemeldet haben?
4. Wird abgeklärt, ob AHV-, Pensionskassen- und MWSt-Beiträge bezahlt wurden?
5. Spielt bei der Arbeitsvergabe auch ein langer Anfahrtsweg und die damit verbundene Belastung der Umwelt eine Rolle?
6. Gibt es Kriterien, nach welchen ortsansässige Betriebe oder in der Gemeinde ansässige Steuerzahler eine gewisse Bevorzugung erfahren?
7. Wird neben dem vieldiskutierten Kriterium „Betrieb bildet Lehrlinge aus“ auch berücksichtigt, wenn ein Betrieb Angestellte beschäftigt (oder neu angestellt hat), die über 55 Jahre alt sind?
8. Gibt es eine Kontrolle oder eine Klausel, nach welcher auch Unterakkordanten gewisse Kriterien erfüllen müssen?
9. Wird bei der Festlegung von Kriterien eine Zusammenarbeit mit Organisationen der Gemeinde angestrebt, z.B. Verein KMU Köniz?

Eingereicht am 18. Oktober 2004

Judith Ackermann, Anton Riesen, Thomas Hänni, Ignaz Caminada, Stefan Lehmann, Ueli Salvisberg, Valentin Lagger, Christian Balz, Barbara Mooser, Evelyn Bühler, Harald Henggi, Alfred Arm, Daniel Krebs, Lorenz Bussard, Sandra Deutsch, Bernhard Bichsel, Peter Schori, Beat Giger, Christian Burren, Hans Moser, Verena Rohrbach, Niklaus Hofer (22)

Antwort des Gemeinderates

Zu Frage 1

Ein gemeindespezifischer Kriterienkatalog existiert nicht.

Gemeindeaufträge werden nach einem standardisierten Vergabeverfahren für alle Bau-, Lieferungs- und Dienstleistungsaufträge ausgeschrieben.

Die rechtlichen Grundlagen dazu sind:

- das kantonale Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (ÖBG) und die dazu gehörende Verordnung (ÖBV), Art. 15 der Könizer Beschaffungsverordnung, Weisungen QW1 und QW2 des Gemeinderates. Die beiden Weisungen liegen bei.
- Die Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB), GATT/WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen.

Mit der Einhaltung der Vorschriften des ÖBG und der ÖBV werden gleichzeitig die Vorschriften der IVöB und des GATT/WTO-Übereinkommens erfüllt.

Zu Frage 2

Im offenen Verfahren (Art. 4 ÖBV) muss der Auftrag öffentlich ausgeschrieben werden, so dass alle Interessierten direkt ein Angebot einreichen können.

Eine öffentliche Ausschreibung erfolgt, wenn der geschätzte Auftragswert (exkl. Mehrwertsteuer) folgenden Schwellenwert erreicht:

- bei Dienstleistungen 200'000 Franken
- bei allen übrigen Aufträgen 100'000 Franken.

Diese Werte ergeben sich aus der gemeinderätlichen Weisung QW2; sie entsprechen zudem den Schwellenwerten des VRB und werden von 17 Regionsgemeinden angewendet.

Der kantonal geforderte Schwellenwert im offenen oder selektiven Verfahren beträgt für alle Aufträge 200'000 Franken.

Zu Frage 3

Nein, eine solche "Schwarze Liste" existiert nicht. Offerten von Unternehmen, welche in der Vergangenheit schlechte Arbeit geleistet haben, werden jedoch mit besonderer Aufmerksamkeit überprüft.

Zu Frage 4

Mit der Offerteingabe hat das Unternehmen die Erfüllung der Pflichten gegenüber der öffentlichen Hand, den Sozialversicherungen sowie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu belegen. Die Belege müssen von den Auskunftsstellen (Gemeinde, Kanton, Verbände, Kassen usw.) rechtsgültig unterzeichnet sein.

Das Unternehmen ermächtigt die Steuerorgane, die Einrichtungen der Sozialversicherungen, die Umweltfachstellen, die paritätischen Berufskommissionen und andere öffentliche Organe ausdrücklich, der Beschaffungsstelle - auch entgegen allfälligen anders lautenden Gesetzesbestimmungen - Auskünfte im Zusammenhang mit obigen Fragen zu erteilen.

Im offenen Verfahren werden diese Angaben überprüft; ansonsten stichprobenweise kontrolliert.

Zu Frage 5

Nein. Dies ist nach Gerichtspraxis nur zulässig, wenn die Zahl der Fahrten auf Grund eines lange dauernden Auftrages oder des sehr fahrtenintensiven Auftrages (z.B. Kehrriechtabfuhr) einen bedeutenden Bestandteil des Angebotes ausmacht. Wo jedoch die Fahrten eine untergeordnete Bedeutung im Auftrag haben, darf dieses Kriterium nicht verwendet werden.

Zu Frage 6

Ortsansässige Firmen werden bei freihändigen Vergaben und bei kleineren Einladungsverfahren insofern bevorzugt, als sie direkt beauftragt werden bzw. als Eingeladene am Verfahren überhaupt teilnehmen können.

Zu Frage 7

Nein. Die Problematik der Alterspolitik kann nicht innerhalb des Beschaffungswesens gelöst werden. Im übergeordneten kantonalen Gesetz (ÖBG) ist die Altersstruktur der Betriebe ebenfalls kein Thema.

Zu Frage 8

Falls das Unternehmen einen Teil des Auftrages im Unterakkord an andere Unternehmen überträgt, übernimmt es die Verantwortung dafür, dass auch diese sämtliche Bedingungen von Artikel 24 ÖVB (Ausschlussgründe) erfüllen.

Zu Frage 9

Das Vergabeverfahren ist weitgehend standardisiert und durch die - unter Antwort auf Frage 1 erwähnten - rechtlichen Grundlagen vorgegeben sowie im VRB regional abgestimmt.

Allgemeiner Hinweis

Sämtlichen Vergabestellen der Gemeinde Köniz steht ein Musterordner als Grundlage für die Durchführung von Submissionen zur Verfügung.

Zudem können bei konkreten Fragen zu aktuellen Verfahren bestimmte Mitglieder aus der "Erfahrungsgruppe Submission" beigezogen werden.

Der Musterordner wird an der Parlamentssitzung vom 14. März 2005 im Sitzungssaal aufgelegt. Überdies kann er bei der Direktion Gemeindebauten oder beim Rechtsdienst eingesehen werden.

Mit dieser Berichterstattung hat der Gemeinderat das Postulat erfüllt.

Antrag

Annahme des Postulates und gleichzeitige Abschreibung.

Köniz, 16. Februar 2005

Der Gemeinderat

Beilagen:

Weisungen Q W 1 und Q W 2

Handbuch Organisation Köniz	Teil / Kapitel: O W 1	Fassung: 10.2.1999
Verf.: Gemeinderat	Dateiname: GBAU/arbverg.doc	Seite: 1 / 1

Arbeitsvergebungen: Meldepflicht, statistische Auswertung; Weisung (GRB 144 vom 10.1.1999)

1. Meldepflicht

Sämtliche Arbeitsvergebungen und Lieferaufträge, welche Fr. 10'000.-- übersteigen, sind der Abteilung Gemeindebauten von den Abteilungen und Dienstzweigen unverzüglich schriftlich zu melden, unter Angabe von

- Unternehmen
- Objekt
- Art der Arbeit, Lieferung, Dienstleistung usw.
- Vergebungsdatum
- Vergebungsbetrag
- Federführende Abteilung
- Vergebende Stelle (Gemeinderat, Direktion)
- Art des Vergabeverfahrens (offen, selektiv, eingeladen, freihändig)
- Rechtliche Grundlage der Vergabung (kantonale Submissionsverordnung oder kommunale Beschaffungsverordnung)

2. Kartei

Die Abteilung Gemeindebauten führt eine Kartei der gemeldeten Arbeitsvergebungen und hält diese den arbeitsvergebenden Abteilungen und Dienstzweigen auf Anfrage zur Verfügung.

3. Statistische Auswertung

Die Abteilung Gemeindebauten erstattet dem Gemeinderat jährlich Bericht über die durch die Gemeinde vergebenen Aufträge.

4. Inkrafttreten

Die Weisung tritt auf den 1. März 1999 in Kraft.

Der Gemeinderat

Handbuch Organisation Köniz	Teil / Kapitel: Q W 2	Fassung: 6.10.2004
Verf.: Gemeinderat	Dateiname: RD/GR03/chr04A.doc	Seite: 1 / 1

Arbeitsvergebungen: Weisung über das Beschaffungswesen (GRB Nr. 103/03 vom 12.02.2003 und GRB Nr. 178/03 vom 19.03.2003)

Der Gemeinderat von Köniz beschliesst gestützt auf Artikel 5 Absatz 2 des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen vom 11. Juni 2002:

1. Geltungsbereich

Die Weisung gilt im Rahmen des für die Gemeinden massgebenden kantonalen Beschaffungsrechts (ÖBG vom 11.6.2002; 731.2 und ÖBV vom 16.10.2002, 731.21).

2. Gemeindeinterne Schwellenwerte

Aufträge werden im offenen oder selektiven Verfahren vergeben, wenn deren geschätzter Wert ohne Mehrwertsteuer erreicht:

- a) 200'000 Franken bei Dienstleistungen
- b) 100'000 Franken bei allen übrigen Aufträgen.

Aufträge werden im Einladungsverfahren vergeben, wenn ihr geschätzter Wert ohne Mehrwertsteuer erreicht:

- a) 100'000 Franken bei Dienstleistungen
- b) 25'000 Franken bei allen übrigen Aufträgen

3. Freihändiges Verfahren

Der Auftrag kann im freihändigen Verfahren vergeben werden, wenn sein Gesamtwert den Betrag gemäss Ziffer 2 Absatz 2 nicht erreicht oder wenn eine der Ausnahmen gemäss Artikel 6 Absatz 1 lit. a ÖBG zur Anwendung kommt.

4. Wettbewerb

Auch unterhalb der Schwellenwerte gemäss Ziffer 2 kann jederzeit ein offenes, selektives oder ein Einladungsverfahren durchgeführt werden.

5. Inkrafttreten

Diese Weisung tritt rückwirkend per 1. Februar 2003 in Kraft

Der Gemeinderat